

Meinungsfreiheit vs. Religionsfreiheit – Westliche Werte unter Druck

Dokumentation der Podiumsdiskussion am 18. Juni 2015 in Kooperation mit dem DAI Heidelberg

Teilnehmer:

Prof. Dr. Ulrike Ackermann (Einführung und Moderation, Heidelberg), Dr. Necla Kelek (Soziologin, Berlin), Tim Wolff (Chefredakteur der Satirezeitschrift Titanic, Frankfurt), Prof. Dr. Johannes Masing (Verfassungsrichter, Karlsruhe), Prof. Dr. Paul Scheffer (Soziologe, Amsterdam), Prof. Dr. Josef Schuster (Moraltheologe, St. Georgen)

Ulrike Ackermann: Ich begrüße Sie herzlich im Namen des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung zu unserem heutigen Abend. So tragisch der Anlass auch sein mag, die Terroranschläge in Paris und anderswo zwingen uns wieder einmal uns der grundlegenden Errungenschaften der liberalen Demokratie zu vergewissern und genau hinzuschauen, wo und in welcher Weise unsere mühsam erkämpften Freiheiten bedroht sind. Dies berührt unsere westlichen Werte ebenso wie unseren Lebensstil. Deshalb ist das Thema „Westliche Werte unter Druck“ auch das diesjährige Arbeitsschwerpunktthema des John Stuart Mill Instituts. In diesem Jahr feiern wir auch unser Bestehen seit 5 Jahren.

Was macht nun das Gerüst dieser „Westlichen Werte“ aus? Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte, die Trennung von Staat und Kirche bzw. Gesellschaft und Religion, die Säkularität, die Wertschätzung des Individuums und seiner individuellen Freiheiten gegenüber dem Kollektiv, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Schutz von Minderheiten, das Prinzip der offenen Gesellschaft gegenüber einer geschlossenen Gesellschaft, die Pluralität der Lebensstile, Toleranz, Skepsis gegenüber alten Gewissheiten, das Recht auf Irrtum, die diesseitige Lebenslust im Unterschied zu religiöser Jenseitigkeit. Man kann diese Liste noch unendlich fortsetzen. Mit westlichem Lebensstil und westlichen Werten verbinden wir einen normativen Grundkonsens – und westlich gemeint nicht im geografischen Sinne, sondern Westen gemeint als kulturelles normatives Projekt, das seine Werte der Amerikanischen Revolution von 1776 verdankt und der Französischen Revolution; also eine transatlantische Kooperation, die diesen Wertekanon à la longue hervorgerufen hat. Anlass für die Planung dieser Veranstaltung waren die islamistischen Terroranschläge in Paris:



die Morde an den Mitarbeitern der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* und in einem jüdischen Geschäft. In Dänemark ist inzwischen ein weiterer Anschlag auf einen Karikaturisten verübt worden. In der anschließenden Debatte wurde deutlich, wie zwei Grundwerte kollidieren, nämlich die Meinungsfreiheit und die Religionsfreiheit. Beide sind zentrale Errungenschaften der Moderne und stehen gegenwärtig unter massivem Druck. Aktuell ist noch eine neue Debatte in Deutschland hinzugekommen, nachdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Kopftuchverbot für Lehrerinnen im Öffentlichen Dienst aufgehoben hat. Mit beiden Themen und dieser Wertekollision wollen wir uns heute Abend auseinandersetzen. Wie ist die Verteidigung freiheitlicher Lebensweisen, die Meinungs- und Pressefreiheit mit Religionsfreiheit und dem Rechtsstaatsprinzip in Einklang zu bringen? Als erstes möchte ich jetzt die Podiumsteilnehmer/innen vorstellen:

Necla Kelek, vielen von Ihnen sicherlich bekannt. Sie studierte Volkswirtschaft und Soziologie und promovierte zum Thema „Islam im Alltag“. Das Bundesinnenministerium berief sie von 2005 bis 2009 als ständiges Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Sie lebt und arbeitet als freie Autorin in Berlin. Neben einer Vielzahl von Artikeln und Aufsätzen hat sie viele Bücher veröffentlicht. Unter anderen „Die fremde Braut. Bericht aus dem Innern des türkischen Lebens in Deutschland“; „Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes“ und ein Buch über Frauen im arabischen Frühling. Sie finden die Bücher alle auf dem Büchertisch.

Neben mir sitzt *Tim Wolff*. Er studierte Germanistik, Geschichte und Volkswirtschaftslehre. Von 2010 bis 2013 war er Redakteur und Online-Chef der Satirezeitschrift *Titanic*. Seit 2013 ist er Chefredakteur des Magazins.

Neben ihm sitzt Prof. Dr. *Johannes Masing*. Er studierte Rechtswissenschaft, Philosophie und Klavier, promovierte über den Einfluss des Europarechts auf das nationale Verwaltungsrecht, habilitierte sich 1997, lehrte an der Universität Augsburg und später Freiburg. Seit April 2008 ist er Richter des Bundesverfassungsgerichtes und war maßgeblich an dem jüngsten Urteil beteiligt.

Ganz außen, unser Gast aus Amsterdam, Prof. *Paul Scheffer*. Er studierte Psychologie, Philosophie und Politische Wissenschaften. Von 1978 bis 1986 war er Korrespondent in Warschau und Paris, tätig als freier Journalist und Dokumentarfilmer. Er hat zahlreiche Bücher geschrieben. Seit 2003 ist er Professor an den Universitäten in Amsterdam und Tilburg und löste sehr früh eine große Debatte aus mit seinem Buch über „Die Toleranz der Gleichgültigkeit“, das die Entstehung von Parallelgesellschaften problematisiert.

Neben mir sitzt Prof. Dr. *Josef Schuster*. Er studierte ebenfalls Philosophie und Theologie. 1974 wurde er zum Priester geweiht, war als Erzieher und Lehrer am Aloisiuskolleg in Bonn-Bad Godesberg tätig, promovierte und habilitierte sich, wurde ordentlicher Professor für das Fach Moraltheologie an der Hochschule Sankt Georgen, wo er von 1998 bis 2004 auch Rektor war, und war bis letztes Jahr im Sommer dort ordentlicher Professor. Er hat ebenfalls viel publiziert.

Worum soll es heute Abend gehen? Die zentrale Frage ist: Welchen Stand haben wir heute in Bezug auf das Diktum Freiheit von der Religion und Freiheit zur Religion? Beides verdanken wir der Aufklärung als Resultat des Säkularisierungsprozess, der die allmähliche Trennung von weltlicher und geistlicher Macht mit sich brachte, von Staat und Kirche, von Gesellschaft und Religion. Die jüngere deutsche Verfassungstradition hat in der Regel Urteile gefällt, in der die Verbannung religiöser Inhalte aus den öffentlichen Angelegenheiten eher gedämmt werden soll, das heißt, dass der öffentliche Raum ganz frei von religiösen Inhalten ist. Doch scheint sich eine Gegenwirkung stark zu machen und eine staatliche Privilegierung eines bestimmten religiösen Bekenntnisses will man natürlich angesichts des Gleichheitsgrundsatzes nicht bestätigen. Das jüngste Urteil zum Kopftuchtragen von Lehrerinnen geht ein wenig in diese Richtung. Nordrhein-Westfalen hatte ein pauschales Verbot ausgesprochen und das Verfassungsgericht hat dieses pauschale Verbot aufgehoben. Das Urteil wurde von der deutschen Bischofskonferenz sehr begrüßt, hat aber insgesamt in der öffentlichen Debatte einen interessanten Streit ausgelöst. Bevor wir darüber reden, was Bestandteil dieses Streites war, Herr Masing, da Sie an dem Urteil maßgeblich beteiligt waren, können Sie ein oder zwei Bemerkungen dazu machen?

Johannes Masing: Das Urteil fügt sich in eine lange Rechtsprechungslinie, nach der die Religiosität bei uns nicht wie das französisch-laizistische Modell an den Rand gedrängt wird und außerhalb des öffentlichen Bereichs in die reine Privatsphäre gedrückt wird, sondern dass auch im öffentlichen Bereich – bis hin in den staatlich-öffentlichen Bereich – Religiosität sichtbar sein darf. So gab es schon ganz alte Entscheidungen; insofern ist es nicht nur eine Entwicklung der neueren Rechtsprechung, man sagte auch: in der Schule darf es ein Schuledikt geben – nicht im Unterricht und nicht verpflichtend für alle selbstverständlich. Die entscheidende Maßgabe ist: keine Identifizierung des Staates mit einer Religion. Deshalb gibt es auch keine Anordnung, dass ein Kreuz an der Wand hängen darf, aber die Erlaubnis, Vielfalt in der Religion zum Ausdruck kommen zu lassen, auch im öffentlichen Raum und damit auch in der Schule. Und so sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es nach unserer Regierungsverfassung hier ein Recht der Lehrerin ist, ihr Kopftuch zu tragen, solange sie nicht missioniert und solange da nicht im konkreten Fall der Schulfrieden bedroht wird. Wenn wir ihr insoweit dieses Recht zuerkennen, dann ist dies ein Ausdruck ihrer privaten Glaubensfreiheit, die als private Glaubensfreiheit anonym ist und verstanden werden kann – normalerweise auch verstanden wird, denn die Schüler sind mit verschiedenen Lehrern in ihrer Schulzeit befasst und konfrontiert. Insofern sehen wir in der Schule den Raum, in dem der Umgang mit Vielfalt auch gelernt werden muss. Und das hat im Übrigen dann auch das Ergebnis, dass gerade diese Frauen nicht von vorneherein ausgeschlossen sind. Warum ist das auch im Staatsdienst so. Das musste ich mir vorher auch klar machen. Gerade auch hier handelt es sich ja zum Teil um Personen, die können dieses Kopftuch aus den verschiedensten Motiven tragen. Ich glaube wir haben in der Entscheidung

sehr deutlich gemacht: Wir unterstützen und fördern in keiner Weise die Strömungen des Islam, die jetzt das Kopftuch als obligatorisch empfinden, aber wir respektieren, wenn es Personen gibt, die das als ihr individuelles Gebot ansehen – und die sind damit nicht davon ausgeschlossen. Ich glaube das ist auch ein Weg von Integration, denn, auch wenn man das Kopftuch ein Stück als Symbol der Unterdrückung in bestimmten Situationen sehen kann und in manchen Situationen sicher sehen muss, ist das keine Frage, denn die Frauen, die hier unterrichten, sind doch die, die alleine selbstständig vor der Klasse stehen und in dem Moment, in dieser Funktion, sind sie auf dem Weg in unsere Gesellschaft. Und wenn man ihnen das abschneiden würde, glaube ich, würden wir einem Teil unserer Mitbürger einen Weg an der öffentlichen Teilhabe abschneiden. Dies als Hintergrund. Das Ganze fügt sich im Wesentlichen in die bisherige Rechtsprechung ein, Religiosität in Vielfalt auch im öffentlichen Raum zuzulassen solange sie Ausdruck von Privatheit ist und nicht als durch den Staat gefördert, einseitig Stellung nehmend in den Vordergrund rückt. Das ist die Botschaft dieser Entscheidung. Dies unterscheidet sich grundsätzlich von dem französischen Verständnis. Das ist auch noch interessant. Das Verhältnis von Religion und Staat in Deutschland ist geprägt von dem Aufeinanderprallen verschiedener Religionen, ursprünglich Protestanten, verschiedene protestantische und freikirchliche, Altkatholiken und was an verschiedenen christlichen Strömungen da war im Rahmen der katholischen Kirche. Und wir hatten es immer so mit öffentlichen Symbolen im öffentlichen Raum hingenommen. Das ist natürlich kein Zufall, dass in dem Moment, in dem eine ganz andere Religion dazukommt, die Politik meinte, diese Toleranz plötzlich unterbinden zu müssen. In Frankreich war das anders. In Frankreich gab es diese Vielfalt der verschiedenen Religionen nach der Aufhebung des Edikts von Nantes nicht mehr. Da hatte man immer mit der katholischen Kirche zu kämpfen, da versuchte man die Religionen ganz auszumerzen. Das ist sozusagen eine andere Antwort auf eine ganz andere historische Situation. Und insofern werden wir auch in Europa mit den verschiedenen Formen des Verhältnisses von Religion und Freiheit umgehen müssen. Ich bin da zuversichtlich, dass unser Weg einer ist, der viele Chancen hat zur Integration und dem Aufeinander-Zugehen.

Ulrike Ackermann: Vielen Dank Herr Masing. Ich danke Ihnen vor allem auch für den Hinweis zu den unterschiedlichen Modellen, die wir in Europa haben. Möglicherweise gibt es aber auch Angleichungen, aber dazu kommen wir vielleicht später noch einmal. Es ist tatsächlich die Frage, als wie säkular versteht sich ein Land. Darum wird es heute Abend hier auch gehen. Und: Wie weit ist Religion Privatsache und wie weit darf sie in den öffentlichen Raum hineinreichen? Frau Kelek, Sie haben in dem Streit um dieses Urteil öffentlich interveniert und möchten das bestimmt jetzt auch gleich noch einmal tun.



Necla Kelek: Ganz herzlichen Dank. Ja, ich habe dieses Urteil ganz anders aufgefasst, weil ich die Klägerin nicht als die Person gesehen habe, die sich individuell für ihr Kopftuch gestritten hat und für sich persönlich über diese Religionsfreiheit auch tatsächlich einen Weg schaffen wollte, berufstätig sein zu dürfen, auch als Lehrerin. Wir haben es hier mit einem ziemlich komplexen Thema zu tun, wenn wir über das Kopftuch sprechen. Das tun wir im Grunde schon seit Jahren, wir streiten uns darum. Und dieser Streit ist auch wichtig, damit wir die Hintergründe kennen, was sich mit dieser Haltung, sich zu verschleiern und mit dieser religiösen Haltung, sogar in den Schulen lehren zu dürfen, verbindet. Ich beschäftige mich also vielmehr mit dem Hintergrund dieser Entscheidung. Wir haben inzwischen viele Frauen in Europa, die sich primär religiös identifizieren und auch diese Religiosität im Alltag, im Beruf immer mehr leben möchten. Wenn wir uns diese Religion genauer ansehen, dann sehen wir, dass in islamischen Ländern die Menschen seit Jahrhunderten kulturell vom Islam und nicht von Demokratie, Freiheit oder Religionsfreiheit geprägt sind. Der Islam ist eine Religion, die die Alltagskultur, die Gesetze, das Staatswesen, also den Staat, bestimmt. Wir haben in diesen Ländern keine Trennung von Religion und Staat und damit werden auch religiöse Gesetze zu Alltagsgesetzen und sogar zu staatlichen Gesetzen erklärt. Das heißt, wenn wir die meisten islamischen Länder so haben, dass sie keine Trennung akzeptieren – und auch nicht durchgesetzt haben – und dass sie sogar im Moment noch viel verstärkter als vor Jahrzehnten gegen diese Trennung von Religion und Staat sind, sind sie somit auch gegen Religionsfreiheit. Das heißt, dass die einzelnen Frauen sich nicht frei entscheiden können, trage ich das Kopftuch oder trage ich es nicht. Das Kopftuch ist ein Gesetz, um die Öffentlichkeit zu befriedigen. Und solange so ein Hintergrund herrscht und auch von diesen Ländern und auch den einzelnen Organisationen und Verbänden unterstützt wird, dass sich diese islamische Kultur auch hier durchsetzen soll, sehe ich diese Personen vor Gericht nicht als eigene, individuelle Persönlichkeiten, die sich beispielhaft für ihre eigene Arbeit einsetzen. Wir gewähren somit diesen einzelnen Beispielen nicht nur Arbeitsmöglichkeiten, sondern wir gewähren diesen Herkunftsländern die Möglichkeit, religiöse Gesetze auch in einem säkularen und demokratischen Land (wie in Europa) sogar gesetzlich durchzusetzen. Das hat mich sehr irritiert. Diese Damen gehören übrigens auch zu diesen Organisationen, zu denen sie sich allerdings in der Öffentlichkeit nie bekannt haben. Ich konnte nicht einmal den Namen von ihnen erfahren. Ich kann nur sagen, dass es Bestandteil einer organisierten und geplanten islamischen Bewegung ist, über Rechtswege den Alltag mehr zur Religiosität zu führen, was sie auch alle so aus den islamischen Ländern kennen. Ich hätte mir gewünscht, dass gerade das hohe Gericht uns Frauen so weit schützt, dass wir auch religionsfrei leben dürfen statt immer wieder zu bestätigen, dass wir mit dieser Religion leben sollen, weil das sehr stark die Frauen und Mädchen beeinflusst, die dieser strengen Kultur ausgeliefert sind, und sie dann noch als Lehrerein ein Beispiel haben, wo die Familie und die Gemeinschaft sagen kann: „Siehst du, wenn du immer ganz streng religiös bleibst, so wie wir das von

dir verlangen, dann kannst du sogar Lehrerin werden.“ Das sagen sogar die Europäischen Gerichte. Und das hat mich leider sehr irritiert und verwirrt.

Ulrike Ackermann: Danke Necla Kelek. Herr Masing, Sie wollen bestimmt später noch einmal darauf antworten. Aber ich würde jetzt erst einmal allen hier in der Runde die Gelegenheit geben wollen, sich dazu zu äußern. Herr Schuster, gehört der Islam zu Deutschland wie das Frau Merkel und vor ihr der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff gesagt haben – auch vor dem Hintergrund dieses Urteils?

Josef Schuster: Vielleicht hätte ich das anders formuliert. Tatsache ist, dass wir in Deutschland inzwischen eine Religion durch Einwanderung haben, die ursprünglich zwar in Europa auch zu Hause war, denken Sie nur an Spanien, dort hatte der Islam schon eine lange und zum Teil auch blühende Geschichte, übrigens auch in der Philosophie. Von da hat übrigens auch Thomas von Aquin den Aristoteles geerbt, er konnte kein Griechisch und hat über die lateinische Übersetzung den Aristoteles kennengelernt. Also da gab es schon eine lange Tradition, aber hierzulande, in Deutschland eigentlich erst vor allem durch die türkischen Einwanderer. Inzwischen ist der Islam ja viel mehr verbreitet. Ich gehöre selber sozusagen einem Verein an, in Frankfurt. Wir haben in Sankt Georgen, an unserer Hochschule, ein Institut für christlich-islamischen Dialog und Dokumentation und haben jetzt extra eine Juniorprofessur genau zu diesem Thema eingerichtet. Also, ich würde so sagen: Jawohl, inzwischen gehört der Islam im Sinne derer, die ihn bekennen, der Vielen, die hier leben, zu unserem Lande. Aber er gehört zunächst einmal nicht zu den Wurzeln unserer Kultur. Das ist ein wenig ungenau, wenn man das sagt. Das war wohl ein Zugeständnis den islamischen Mitbürgern gegenüber, dass der damalige Bundespräsident Wulff, die Kanzlerin und andere das so gesagt haben. Ich hatte dagegen überhaupt nicht opponiert. Es ist eine Floskel, die historisch nicht ganz exakt ist und ein wenig geschichtsvergessen, das würde ich schon sagen.

Ulrike Ackermann: Herr Wolff, wie haben Sie dieses Kopftuchurteil gesehen?

Tim Wolff: Wir von der *Titanic* haben eigentlich schon vor Jahren einen Kompromiss vorgeschlagen, nämlich, dass Christus am Kreuzifix in den diversen Schulen ein Kopftuch tragen muss. Und das scheint mir immer noch die beste Lösung zu sein.

Ulrike Ackermann: Paul Scheffer, in Holland gibt es natürlich diverse Debatten. Nach der Ermordung von Theo van Gogh brach eine große Debatte über Integration aus. Insbesondere nachdem Ayaan Hirsi Ali eine Todesdrohung erhalten hat, nachdem sie mit Theo van Gogh den Film „Submission“ gedreht hat. Inzwischen gibt es ähnlich wie in Frankreich und Holland ein Vermummungsverbot. Wie

sehen Sie aus europäischer oder niederländischer Perspektive den Umgang Deutschlands damit. Gibt es große Unterschiede zu Holland oder ähnelt man sich - auch in den Reaktionen, wie man mit Integration und Religionsfreiheit umgeht?

Paul Scheffer: Das sind einfache Fragen. Ich würde sagen im Großen und Ganzen gibt es eine europäische Realität. Die Debatten in Frankreich, Holland und Deutschland haben viel mehr gemeinsam. Es gibt natürlich auch Unterschiede, kulturspezifische und geschichtliche Unterschiede, aber es gibt eine europäische Realität. Für mich ist die Frage: „Gehört der Islam zu Deutschland?“ eine einseitige Frage. Die Frage ist auch: Gehört Deutschland zum Selbstverständnis der muslimischen Gemeinschaften? Und immer passiert es, wenn ich in eine Moschee eingeladen werde, dass mir gesagt wird, wir brauchen Respekt, wir haben hier unsere Rechte. Ja sicher, aber das basiert natürlich auch auf Gegenseitigkeit. Man kann nicht immer auf Dauer Respekt fordern, wenn man nicht auch andere respektiert. Zu dieser Gegenseitigkeit kann niemand verpflichtet werden, man kann das Gewissen der Menschen nicht erzwingen, besonders nicht in einer offenen Gesellschaft. Aber diese offene Gesellschaft lebt von klaren Mehrheiten, die diese Gegenseitigkeit leben. Sie verstehen, das Recht auf Religionsfreiheit ist grundsätzlich mit der Verantwortung verbunden, die gleiche Freiheit auch für andere mit ihrer Religion oder auch ohne Religion zu leben. Das ist für mich das Erste. Unsere Debatte hat im Grunde die gleichen Erfahrungen und die gleichen Verunsicherungen gezeigt wie in Deutschland. Zweitens möchte ich sagen: Ich glaube, man muss diese Frage, ob der Islam zu unserer Gesellschaft gehört, und unsere Gesellschaft zum Selbstverständnis der muslimischen Gemeinschaften, auch in einem historischen Kontext sehen. Da gibt es die Einwanderungsgeschichte und hier ist eine Religion durch Einwanderung nach Europa gekommen. Den Verweis auf Spanien vor 500 Jahren sehe ich nicht als seriös an. Wir haben hier etwas grundsätzlich Neues. Wir kennen das aus der Einwanderungsgeschichte. Früher gab es zum Beispiel nach der Einwanderung der katholischen Migranten in das protestantische Amerika sehr harte Auseinandersetzungen. Jetzt gibt es aber noch eine Gewaltdrohung dazu und wir haben das im Selbstverständnis der muslimischen Gemeinschaften – vielleicht nicht mehrheitlich; aber z. B. Soziologen haben in einer Studie sechs europäische Länder verglichen und gezeigt, dass mindestens 40 Prozent der muslimischen Gemeinschaften in einer fundamentalistischen Organisation ihren Glauben ausüben – und ein ausgeprägtes Feindbild zu jüdischen Gemeinschaften haben. Darüber müssen wir reden. Das sind keine Randerscheinungen. Da ist die Frage: Gibt es überhaupt eine Mehrheit in der muslimischen Bevölkerung innerhalb Westeuropas, die wirklich offen ist gegenüber einer offenen Gesellschaft, die ihren Glauben im Kontext eines Selbstverständnisses der Demokratie leben wollen? Darüber müssen wir reden. Und ich glaube das tun wir in den Niederlanden, wo das mit Theo van Gogh geschehen ist. Aber es ist eine grundsätzliche Debatte, darüber redet man auch in Deutschland und Frankreich. Es gibt eine neue europäische Realität.

Ulrike Ackermann: Vielen Dank Paul Scheffer. Ich habe ganz kurz noch eine Nachfrage. Dieses Vermummungsverbot in Holland ist neu bzw. es ist in Arbeit. Uns interessiert alle wie es im europäischen Vergleich ist. Gibt es vergleichbare Gerichtsurteile in Holland was das Kopftuch-Tragen in staatlichen Schulen anbelangt?

Paul Scheffer: Nein, ich glaube da sind wir grundsätzlich dem deutschen Verfassungsgericht näher als dem französischen Selbstverständnis. Hinsichtlich des Vermummungsverbots sehe ich, dass es so viel normative Verunsicherung in dieser Integrationsdebatte gibt, dass man immer gleich nach Verboten ruft. Aber ich glaube wirklich nicht, dass es ein generelles Vermummungsverbot im öffentlichen Raum braucht. Es geht, glaube ich, nur um 150 oder 200 Frauen in den Niederlanden. Es gibt natürlich Orte, da muss es ein Vermummungsverbot geben, z. B. an Schulen, im Krankenhaus oder an spezifisch anderen Orten. Ich glaube, wir müssen diese normative Frage stellen, ohne sofort auf Verbote zurückzugreifen. In einer offenen Gesellschaft gibt es auch Platz für eine geschlossene Weltanschauung. Deshalb ist eine offene Gesellschaft verletzlich. Und es gibt einfach keine Politiker in der Gesellschaft, die klare normative Punkte verteidigen. Darum gibt es immer den Ruf nach Verboten. Ich glaube, man muss die offene Gesellschaft in seinen eigenen Grundsätzen verteidigen und Mehrheiten organisieren, die diese Gesellschaft leben. Man kann Leute nicht zu Offenheit zwingen.

Ulrike Ackermann: Vielen Dank, aber wir haben natürlich das prinzipielle Problem: Wie gehen diese offenen Gesellschaften mit dezidierten Feinden der offenen Gesellschaft um, die diese nicht nur in Frage stellen, sondern sie auch zerstören wollen? Und das nicht nur mit terroristischen Akten, sondern auch ideologisch. Diese Spannweite haben wir ja hier auch in der Diskussion. Nochmal zurück zu Herrn Masing: Sie sind ja am Verfassungsgericht sozusagen auch für Meinungsfreiheit zuständig, d. h. mit dieser Wertekollision haben Sie ja auch prinzipiell zu tun. Es geht eher weniger um das Kopftuch, sondern eher um den Punkt, der die Debatte losgetreten hat: Kann man Karikaturen als Ausdruck der Presse- und Meinungsfreiheit veröffentlichen oder darf man dies nicht aus Rücksicht auf religiöse Gefühle? Ich will kurz noch einmal den dänischen Karikaturenstreit von 2004 in Erinnerung rufen, wo es weltweit Tumulte gab. Wir hatten diese Debatte strukturell bereits einmal und wir werden sie auch nicht das letzte Mal haben. Im Falle des Anschlags auf die Redaktion der Zeitschrift *Charlie Hebdo* ging es nicht nur um Tumulte und Demonstrationen, sondern die Zeichner selbst sind umgebracht worden. Damit hat dieser Kampf gegen die offene Gesellschaft symbolisch noch einmal eine andere Ebene erreicht.

Johannes Masing: Bevor ich darauf eingehe würde ich doch noch einmal auf einige Bemerkungen, insbesondere von Frau Kelek, eingehen wollen. Ich würde Ihnen völlig Recht geben, dass es natürlich

zu unseren verfassungsrechtlichen Werten gehört, die wir im Gericht auch mit Macht durchzusetzen suchen – die auf Individualismus und Freiheit beruhen, auf der Religionsfreiheit, auf der Trennung von Staat und Religion. Und dass dieses Konzept das große Problem in vielen islamischen Ländern ist, weil es dort eben nicht anerkannt ist. Es liegt unserer Rechtsprechung völlig fern, sich davon beeindrucken zu lassen und damit unser Konzept in Frage zu stellen. Das möchte ich hier ausdrücklich noch einmal sagen. Ich gebe Ihnen da völlig Recht, dass da Potential ist, wo Konflikte angesiedelt sind. Auch ist natürlich richtig, dass Personen, die sich sozusagen innerhalb dieser sehr geschlossenen Weltanschauung befinden, hier besondere Spannungen hervorrufen; und dass entsprechende Spannungen bestehen und die Rechtsordnung darauf reagieren muss. Ich meine aber, dass unsere Antwort in der Kopftuchentscheidung gerade die des konsequenten Individualismus ist. Sie (Frau Kelek) sagten, diese Frauen sind sozusagen Marionetten für die Durchsetzung und Auferlegung des Islam. Sehen Sie sich einmal konkret die beiden Beschwerdeführerinnen an, wie Sie es dem Sachverhalt entnehmen können. Bei der einen Frau war es so, dass die Schwester nie ein Kopftuch getragen hat, sie selbst aber. Das war offensichtlich in derselben Familie, das war eine individuelle Entscheidung. Das war sehr interessant. Die eine dieser Lehrerinnen hatte 10 Jahre mit großer Anerkennung unterrichtet, sie war sogar Mediatorin für den Ausgleich bei Konflikten zwischen ausländischen und deutschen Schülern. Man hat sie dafür eingesetzt, weil sie so erfolgreich war. Und nun nach 10 Jahren sagt man ihr, wir haben jetzt ein neues Gesetz: Kopftuch ab! Sie hat ihr Kopftuch aber seit ewiger Zeit so getragen, auch während ihres Studiums. Und so jemandem soll man jetzt sagen: „Das gilt nicht“? Und für sie war das eine Frage, was Religiosität in dieser Situation heißt. Das ist ein Stück ihrer Identität, ihrer Art, nach außen zu treten. Vielleicht war es auch ein Stück des Zugehörigkeitsgefühls zu einer anderen Kultur, das man auch nach außen demonstrieren darf. Das darf man hier bei uns demonstrieren, man muss nicht Mainstream sein. Von daher würde ich auf keinen Fall sagen – da würde ich Ihnen auch sofort Recht geben –, wir setzen gesetzlich um, was fundamentalistische Geistliche anderer Länder wollen. Nein, wir setzen es gesetzlich gerade nicht um, das wäre der Fall, wenn wir sagen, dass Muslima plötzlich Kopftuch tragen müssten, sondern wir erlauben private Freiheit. Die Religionsfreiheit lebt hier. Alles andere wäre doch ein Verbot, die Religion nach außen äußern zu können, und würde letztlich bis zu einem Berufsverbot führen. Wenn man sagt, man müsste dies verbieten, dann heißt das doch ein Stück weit zumindest auch für den öffentlichen Raum. Und wenn wir das im öffentlichen Raum nicht auch noch verbieten wollen, dann ist es letztlich ein Stück Kampf gegen eine kollektive Zuschreibung, die eben gerade nicht kollektiv möglich ist. Ich möchte noch ganz kurz etwas zum Verhältnis zum Ausland sagen, weil zum Teil gefragt wurde, ob diese Entscheidung auch praktikabel ist. Die großen multikulturellen Nationen wie Amerika, Kanada, Australien, Neuseeland, die haben eine andere Sicht. Da ist es kein Problem, da kann man mit Kippa unterrichten genauso wie mit einem Kopftuch. Ich denke das ist schon Ausdruck von Gesellschaft, wie sie es gewohnt sind: viele Religionen zu haben, verschiedenste. Das ist nicht



staatliche Parteinahme. Und damit komme ich sozusagen zur Frage der Meinungsfreiheit. Ich meine, es ist eine pointiert freiheitliche Position, die wir zur Geltung gebracht haben. Und das entspricht und deckt sich völlig. Jetzt komme ich zur Frage der Meinungsfreiheit allgemein, mit unserer Rechtsprechung, die tatsächlich sehr meinungsfreundlich ist und insofern auch relativ wenig Schutz gibt, Moralität oder Religiosität abstrakt zu schützen. Zu den Grundsätzen der Meinungsfreiheit gehört: Jede Meinung kann vertreten werden, wie es immer so schön heißt, egal ob sie wertvoll oder wertlos ist, ob sie wichtig oder unwichtig für die Öffentlichkeit ist, sogar ob sie gefährlich oder ungefährlich ist. All dieses gehört grundsätzlich zur Meinungsfreiheit. Und es gibt keinen Vorbehalt des Common Sense, denn bei der Meinungsfreiheit geht es gerade darum, provozieren zu dürfen. Und die Meinungsfreiheit ist insoweit gerade nicht geschützt durch eine allgemeine Wohlanständigkeit, die Grundlage wahrscheinlich für Ihre Arbeit an dem Magazin. Da ist die Provokation der Meinungsfreiheit gestattet. Gerade Religiosität als solche, die Ehre Gottes, können sie gegenüber der Meinungsfreiheit nicht beschützen. Es gibt bei uns das Blasphemieverbot, also das Verbot der Beschimpfungen von Religionen. Das kommt praktisch nicht zur Anwendung. Ich habe extra noch einmal bei Gericht nachgeschaut im Vorfeld dieser Diskussion. Keine Chance, es gibt praktisch nichts dazu. Und es gibt auch wenige Konstellationen, bei denen man sich vorstellen könnte, dass entsprechende Verbote eingehalten würden. Das heißt natürlich nicht, dass Meinungsfreiheit gegenüber Religionen völlig unbegrenzt ist. Aber was sind die Grenzen? Diese wurzeln wiederum in der Individualität. Deshalb ist die Individualität tatsächlich der Markpunkt unserer Gesellschaft, für die wir kämpfen müssen und um die wir uns kümmern müssen und die wir immer wieder durchsetzen werden müssen. Die eine Grenze ist der persönliche Schutz der Ehre einzelner Personen, aber nicht ein abstraktes Menschenbild oder eine abstrakte Moralität, sondern konkreter Personen als Einzelne. Wenn jemand z. B. sagt, wer so etwas denkt oder glaubt, der ist ein Spinner, dann können Beschimpfungen von Religion unter Umständen untersagt oder unter Strafe gestellt werden. Ein weiterer Punkt ist, wenn man sozusagen in einen Privatraum einbricht und jemanden mit Beschimpfungen der Religion in einem Raum konfrontiert, in den er sich zurückgezogen hat. In der Öffentlichkeit hingegen muss jeder hinnehmen, mit Provokation konfrontiert zu werden, und kann sich denen dann nur insoweit entziehen, indem er selber sich entsprechend abwendet. Es gibt keinen Konfrontationsschutz. Eine weitere Grenze, die auch wieder in dem Schutz einzelner Menschen liegt, ist die Figur des „Öffentlichen Friedens“, wobei der öffentliche Friede in unserer Rechtsprechung sehr „ungezogen“ ist. Öffentlicher Frieden ist nicht so etwas, wie, ich will nicht mehr belästigt werden mit solchen unanständigen Meinungen, Angriffen auf die Religion. Bei dem öffentlichen Frieden geht es wirklich darum, ob die Friedlichkeit in Frage gestellt wird durch ein aggressives Verhalten. Und einen weiteren Schutz gibt es noch, der die Religionsausübung als solche schützt. Sie können dementsprechend jetzt nicht gerade unmittelbar eine Prozession als solche stören. Da gibt es einen gewissen Schutz auf öffentlichen Straßen. Das ist

der Schutz auf Religionsausübung. Aber der öffentliche Friede ist sozusagen auch nur ein letztes Ressort. Das verweist allerdings auch darauf, dass eine Gesellschaft für die Frage was Meinungsfreiheit ist, natürlich immer auch darauf angewiesen ist, wie die Bürger selbst damit umgehen. Da gibt es eine Dialektik. Wir müssen dies staatlich, mit Macht und zu einer sehr liberalen Komposition immer wieder einsetzen. Das fördert Toleranzen, das ist sozusagen eine Entwicklung. Und Schwierigkeiten entstehen natürlich, wenn Personen, die diese jahrhundertelange Entwicklung nicht hinter sich gebracht haben, plötzlich in großer Zahl in unsere Gesellschaft kommen und dieses lernen müssen. Aber dass wir das von jenen verlangen, da gibt es keinen Zweifel. Und da würde ich auch Herrn Scheffer völlig Recht geben.

Ulrike Ackermann: Frau Kelek, Sie hatten sich zu Wort gemeldet.

Necla Kelek: Aus Ihrer Sicht verstehe ich, dass Sie eine Einzelperson vor sich haben, die um ihren Beruf und ihr weiteres Leben mit dieser Religiosität gekämpft hat, und dass Sie sich deshalb vielleicht tatsächlich so entschieden haben. Aber für mich reicht das nicht aus, um in diesem Zusammenhang, in diesem Kontext so urteilen zu können. Es geht hier nicht um die subjektive Entscheidung der einzelnen Frau für eine bestimmte Bewegung, für eine bestimmte Form von Leben, für eine bestimmte Form von Religion. Es geht nicht um die subjektiven Befindlichkeiten der einzelnen Menschen. Es geht darum, was dieses Kopftuch zu tragen objektiv bedeutet. Ich bin Sozialwissenschaftlerin und habe die Pflicht, diese Fragen so zu stellen. Das habe ich in meinem langen beruflichen Leben immer wieder getan. Und wenn ich es objektiv bewerte, was es bedeutet, in einer Gesellschaft mit Kopftuch zu leben und warum diese Dame sich dafür entschieden hat, dann kann ich nur sagen, dass es der objektive Grund ist, sich vor den Blicken der Männer zu schützen. Es geht sogar noch ein Stück weiter. In einer Gesellschaftsform, die sich entschieden hat, dass dies alle Frauen tun müssen – denn sonst hätte sie sich dazu ja nicht entschieden, wenn sie das nicht so religiös beurteilen würde – bedeutet das die Trennung der Gesellschaft in Männer und Frauen; wenn wir das nicht objektiv ständig wahrnehmen würden, dass diese Religion sich nicht auf dem Weg in die Demokratie, in eine freiheitliche Gesellschaft bewegen würde, wenn wir Merkmale hätten, wenn wir nur punktuell aufzählen könnten, was sich in den letzten 50 Jahren getan hat. Ich komme aus einem islamisch-diktatorischen Land in eine freiheitliche Gesellschaft und bilde hier Organisationen und Institutionen, wo ich immer mehr lerne, wie Sie das wunderbar formuliert haben, was Religionsfreiheit ist und wie ich als freier Mensch, als Moslem leben kann. Das ist aber nicht objektiv, das ist nicht die Tatsache. Wir haben ungefähr fünf große, sehr starke Organisationen, die eine sehr traditionelle und den islamisch-diktatorischen Ländern folgende Form von Religion hier leben wollen. Diese freiheitlichen Gedanken, die individuell entschieden werden sollen, wurden längst durchschaut. Und sie fordern das für sich von dieser Gesellschaft ab. Das ist meine objektive

Beobachtung. Ich habe Respekt vor jeder Frau, ob sie sich für eine rechtsextremistische Bewegung entschieden hat, weil Sie sagt, das ist nun einmal unsere Freiheit, oder auch ob sie sich für eine sehr traditionelle Form von Religion entschieden hat. Ich muss natürlich damit leben. Aber ich möchte, da wir ja die Meinungsfreiheit haben, diese Art zu leben, auch kritisieren dürfen. Und es ist genau richtig: Wir kommen nicht mit Verboten, sondern nur mit Aufklärung weiter. So ist ja auch Europa weitergekommen, indem man immer mehr die Menschen darüber aufgeklärt hat, was steht in der Bibel, was ist deine Aufgabe? Und dann ist man sogar so weit gegangen, dass Religionsfreiheit auch bedeutet, dass ich ein- und austreten kann. Ich möchte zwei, drei Punkte nennen, wie wir damit auch so freiheitlich umgehen könnten, wenn die Organisationen sagen könnten, sie sind ein Verein und hier sind ihre Mitglieder, soundsoviele Menschen und diese Richtung vertreten sie, und die andere Organisation sagt genau das gleiche und jeder Muslim hat das Recht, endlich in dieser freiheitlichen Gesellschaft ein- und austreten und darüber sprechen zu dürfen – ohne mit dem Tod bedroht zu werden. Das sind objektive Tatsachen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen; und warum sich so viele Frauen wie in allen islamischen Ländern nun auch in Europa plötzlich dafür interessieren, wieder Kopftuch zu tragen, und sich diesen Bewegungen anschließen. Dem nachzugehen ist meine Aufgabe, und deshalb bin ich hier auch eingeladen. Eine ganz wichtige Form, die diese Gesellschaft als Aufklärung noch nicht an die muslimischen Kinder und jugendlichen Menschen weitergegeben hat, ist zum Beispiel, dass die Möglichkeit der Reflexion in dieser Gesellschaft vollkommen fehlt, weil sie auch in den entsprechenden Ländern fehlt. Was fehlt ist die Kunst. Es gibt nur diese Form der Kunst, wenn ich zulasse, dass ich auch verstehen kann, was meine Religion mit mir macht. In all diesen Ländern fehlt absolut Theater, Literatur, Malerei, Karikatur – auch eine Form von Kunst. Ich kann reflektieren und meine Gedanken in Form und Schrift abbilden, um zu erfahren an was ich glaube und wie ich mich dadurch vielleicht auch befreien könnte. Wenn all das nicht existiert bzw. nicht gegeben ist, dann bin ich auch nicht in der Lage, meine Religion in Frage zu stellen. Das müssen wir miteinander lernen. Und nicht nur Moscheen zu bauen und gewähren zu lassen, sondern wir müssen über unsere Werte, nämlich auch abstrahieren zu dürfen, reden – und dies gemeinsam erlernen. Dann kann jedes Kind, jede Frau die Freiheit erlernen. Und dann kann ich sagen und akzeptieren, dass eine Frau sich individuell entscheidet, Kopftuch zu tragen.

Tim Wolff: Ich wollte eigentlich nur aus der Praxis bestätigen, so wie es eben schon vorgetragen wurde: In der *Titanic* in den letzten 35 Jahren, glaube ich, sind 40 Sachen verboten worden, die wir nicht weiter verbreiten dürfen. Und es ist keiner Religionsgemeinschaft je gelungen, uns irgendetwas zu verbieten. Ich kann Ihnen als Religion nur empfehlen wiederum Unternehmen zu werden. Dann ist es viel leichter, Satire zu verbieten. Und um dies an einem konkreten Fall mal darzustellen: Vor langen Jahren gab es mal eine Kampagne der Weißblechunternehmen: „Ich war eine Dose“ und da gab es in der *Titanic* eine Abbildung des Kruzifix' unter dem stand: „Ich war eine Dose“. Geklagt

haben die Weißblechunternehmen. Das hatte man vorher auch nicht unbedingt erwartet. Und sie haben gewonnen. Also, wie gesagt, unternehmerische Orientierung ist das Mittel, um gegen Satire vorzugehen.

Josef Schuster: Das ist etwas schwierig. Wir müssen aufpassen, dass wir vor dem Hintergrund unserer westlichen Kultur nicht eine Art Messianismus betreiben wollen. Dagegen wehren sich auch mit Recht andere. Zur Meinungsfreiheit gehört auch, dass ich auch andere Positionen einfach toleriere. Ich sage ganz bewusst toleriere, ich muss sie nicht für richtig halten. Toleranz ist ja da vonnöten, wo ich gerade etwas nicht für richtig halte und ich trotzdem sage, dass ich es als eine andere Position respektiere; erst recht vor dem Hintergrund meiner eigenen Überzeugung, die ich natürlich argumentativ einbringen kann, aber nicht in Form eines neuen Messianismus. Davor würde ich wirklich warnen – gerade in den Kontexten, in denen ich unterwegs bin. Vor ein paar Wochen war ich zwei Tage lang mit Vertretern der Schiiten aus dem Iran zu einer Tagung in Köln. Wir haben dort sehr ernsthaft und sehr grundsätzlich diskutiert, aber wir haben festgestellt, wir konnten miteinander reden. Nun ist das ein Unterschied, ob man auf intellektueller Ebene in einen Religionsstreit gerät und den nach bestimmten Regeln auch austrägt oder was quasi die gelebten Überzeugungen vor Ort sind. Das weiß ich auch und das muss man unterscheiden. Das ist nicht einfach immer nur dasselbe, da können sich auch Subkulturen entwickeln. Ich nenne etwa nur die Salafisten, wo wir sagen müssen, hier wird gerade gegen die Fundamente, die ein gemeinsames Leben ermöglichen, vorgegangen. Und dagegen muss sich auch eine Demokratie wehren. Im Übrigen denke ich, dass wir sehr vorsichtig sein müssen. Nicht alle Muslime sind Fundamentalisten. Ich bin in dem Kontext im Gespräch mit vielen und da muss ich sagen, ich würde sie gegen diesen Ausdruck, auch Frauen, ausdrücklich verteidigen wollen. Wir haben hier eine große Aufgabe. Allerdings auch die muslimischen Gemeinden haben eine große Aufgabe: dass wir gemeinsam an einer Integration arbeiten und nicht versuchen, dies in Form von Konfrontation zu erreichen. Wir werden es nicht erreichen. Wir müssen dort konfrontieren, wo Fundamente unseres Zusammenlebens angegriffen werden. Ja, da müssen wir konfrontieren. Aber im Übrigen sollten wir, denke ich, diesen anderen Aspekt der Integration nicht aus den Augen verlieren. Und es ist ja auch nicht so, dass unser Way of Life, unsere westlichen Gesellschaften und alles, was sie haben, nun exportfähig wären. Ich bin froh, dass da nicht alles exportiert wird. Das darf ich vielleicht auch einmal kritisch sagen. Wir meinen, wir hätten den Höhepunkt der Kultur, den Gipfel, fast schon erreicht. Ich habe da auch meine Fragen. Eine Gesellschaft, ich darf das mal provokativ sagen, in der es Vielen egal ist, was auch immer geschieht und in der Vielen nichts mehr heilig ist, die darf man durchaus auch kritisieren. Wenn Muslime das angreifen, dann sollten wir uns auch kritisch fragen, ob sie nicht in manchen Dingen Recht haben.



Ulrike Ackermann: Paul Scheffer, Sie haben seinerzeit mit ihrem Buch „Die Toleranz der Gleichgültigkeit“ eine große Debatte losgetreten und Kern ist gewesen die über viele Jahre waltende Verharmlosung dessen, was an den Rändern der Gesellschaft passiert, nämlich in sogenannten Parallelgesellschaften; dass dort Radikalisierungs- und Abschottungsprozesse stattfanden, die die sogenannte Mehrheitsgesellschaft nicht wahrnehmen wollte, nicht wahrnehmen konnte oder tabuisiert hat. Wie hat sich das für Sie inzwischen verändert, verstärkt, verschärft oder ist die Auseinandersetzung breiter geworden, kann man inzwischen optimistischer sein oder wie schätzen Sie die Lage ein?

Paul Scheffer: Auf Deutsch hieß das Buch „Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt“ Ich glaube prinzipiell, dass es keine Integration ohne Konflikte gibt. Wenn man die Einwanderungsgeschichte studiert, dann sieht man, dass alle großen Einwanderungsprozesse auch viele Konflikte mit sich brachten, religiöse und auch kulturelle Konflikte. Ich glaube wir brauchen diese scharfe Auseinandersetzung. Für mich war der Konflikt, der sich in den Niederlanden abgespielt hat ein Zeichen der Integration. Wir haben das „Nebeneinander leben“ hinter uns gelassen, das war eine falsche Toleranz. Wir haben nichts gefragt, weil wir uns selbst nicht als Gesellschaft verpflichten wollten. Wenn man etwas fragt und andere verpflichtet, dann verpflichtet man auch sich selbst. Ich habe gesehen wie man unter der Berufung auf die Bedrohung des öffentlichen Friedens auch mit Verboten versucht hat, die muslimische Gemeinschaft zu pazifizieren. Nach dem Mord an Theo van Gogh war die Versuchung da, durch Blasphemieverbote die Meinungsfreiheit einzuschränken, weil man gedacht hat, die Leute seien verärgert, sie hätten das Gefühl, ihre Religion würde nicht respektiert und wir müssten nun unsere Meinungsfreiheit beschränken. Ich glaube das Gegenteil. Die Meinungsfreiheit ist die Art und Weise, in der eine offene Gesellschaft sich selbst pazifiziert. Warum? Der Abstand zwischen Wut und Aggression wird durch die Meinungsfreiheit größer. Man kann seine Wut und Frustration umsetzen in Wörter, in Bilder, in Demonstrationen, in der Opposition. Gesellschaften mit einer eingeschränkten Meinungsfreiheit sind oft Gesellschaften, die gewalttätiger sind. Also Friedensstiftung heißt: so wenig wie möglich die Meinungsfreiheit einzuschränken. Und da bin ich nicht einverstanden mit dem was Johannes Masing gesagt hat. Ich glaube wirklich, dass es eine Bedrohung gibt. Regierungen in den Niederlanden, in Großbritannien und auch in anderen Ländern haben versucht, die muslimischen Gemeinschaften zu pazifizieren durch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Für mich gibt es keine Religionsfreiheit ohne Freiheit der Religionskritik. Diese Wechselseitigkeit soll verbreitet werden, soll expliziert werden und deshalb gibt es Konflikte. Aber eine Toleranz, die auf Furcht basiert, Furcht, dass man durch die muslimischen Gemeinschaften in ihrer Vielfalt in die Kritik gerät, natürlich gibt es da eine große Vielfalt. Es gibt zum Teil eine Desintegration dieser Gemeinschaften, es gibt Revitalisierungsprozesse, es gibt allerhand in diesen muslimischen Gemeinschaften. Aber eine Toleranz, die auf Furcht basiert, wie man das in den

Niederlanden und Großbritannien gesehen hat, ist keine ordentliche Toleranz. Toleranz soll auf einer normativen Verteidigung einer offenen Gesellschaft basieren. Das heißt auch, dass es eine konfliktreiche Gesellschaft ist. Und wir leben in Ländern, in Deutschland und auch in den Niederlanden, in denen die politischen Eliten aus ihrem historischen Selbstverständnis heraus den Weg der Pazifizierung als den eigentlich richtigen benennen, die Konflikte also so klein wie möglich halten. Ich glaube, wir müssen aus der Einwanderungsgeschichte lernen, dass massive Einwanderung immer auch eine konfliktreiche Gesellschaft mit sich bringt. Wir müssen über diese Konflikte reden und dürfen sie nicht verharmlosen. Diese Konflikte sind eine Art, Integration zu leben.

Ulrike Ackermann: Ich würde jetzt ganz gerne noch einmal zu der konkreten Debatte nach den Morden an den Redakteuren von *Charlie Hebdo* überleiten und zu dem Streit, der danach entbrannte. Sie werden sich sicherlich an zwei große Ereignisse im Januar erinnern, die vielleicht ein wenig diese Differenz deutlich machen. In Paris fand unter Beteiligung von mehr als einer Million Menschen eine riesige Demonstration statt. In der ersten Reihe liefen auch ein paar Staatsgäste mit. Aber in der Regel waren es die Bürger und Bürgerinnen, die dezidiert für die Freiheit und für die Meinungsfreiheit demonstriert haben. Zwei, drei Tage später fand in Berlin am Reichstag vor dem Brandenburger Tor eine Mahnwache statt, in der die Friedfertigkeit der drei Religionen demonstriert wurde. Es ging also in der deutschen staatstragenden Reaktion weniger um die Freiheit oder die Meinungsfreiheit, sondern eher um die Friedfertigkeit der Religionen. Das gebe ich nur zu bedenken. Das hängt allerdings auch durchaus mit den unterschiedlichen Traditionen des laizistischen Frankreich und des weniger laizistischen Deutschland zusammen. Kurz danach entfachte sich eine große Debatte darüber, ob man aus Solidarität mit den ermordeten Karikaturisten die Karikatur auf der Zeitungsseite 1 abdrucken darf oder nicht. Darüber wurde in den Feuilletons gestritten und darüber würde ich hier gerne noch einmal diskutieren. Als erstes würde ich gerne Herrn Schuster befragen, der gerade in dieser Zeit in den USA war. Er hat sozusagen aus amerikanischer Perspektive, durch die Lektüre amerikanischer Zeitungen, diesen europäischen Streit bzw. das, was in Frankreich passiert ist, mitbekommen. Wenn Sie zum Einstieg in diese Thematik kurz über Ihren Eindruck berichten würden.

Josef Schuster: Das kann jetzt nur ein Schlaglicht sein. Ich habe nicht die ganze amerikanische Presse überschaut und im Internet auch nicht die ganze deutsche. Aber es gab doch einen Unterschied, der mir sehr deutlich geworden ist an den Kommentaren. Einerseits war der Tenor eines Kommentators der *New York Times*, das Geschehene als brutalen Mord an Journalisten zu bezeichnen, die ein Blatt machen, das islamkritisch und vielleicht auch religiöse Gefühle verletzend ist. Andererseits sagte er auch: „I am not Charlie Hebdo!“ Das heißt, er hat sich sehr deutlich und sehr klar davon distanziert, dass Leute, die eine andere Meinung vertreten, umgebracht werden. Aber die andere Seite ist, dass

nicht mehr hingeschaut wird, was der Inhalt des Konfliktes ist und man sich nicht total mit diesen Leuten von *Charlie Hebdo* solidarisiert und dadurch quasi unterschreibt, dass man all das gut findet, was sie dort publiziert haben. Und das war, würde ich sagen, so ein wenig ein Tenor der amerikanischen Reaktion darauf, auch im Fernsehen. Ein deutscher Kommentator, Patrick Bahners von der *FAZ*, der zurzeit in den USA ist, hat das in einem Artikel in der *FAZ* auch kritisiert. Er hat geschrieben, dass sich die amerikanischen Zeitungen geziert haben, Karikaturen von *Charlie Hebdo* zu übernehmen. Mir ist damit deutlich geworden, dass es einen Unterschied gibt in der Wahrnehmung dessen, was es unter Umständen bedeutet, religiöse Gefühle anderer zu verletzen. Noch einmal, damit meine Position ganz klar wird: Man darf religiöse Gefühle selbstverständlich verletzen und das ist kein Grund ein Verbot auszusprechen oder Sonstiges zu unternehmen. Aber es ist etwas anderes, ob ich auch anerkennen kann, ob ich durch diese Art Menschen in ihren religiösen Gefühlen, in dem was ihnen wert und teuer und heilig ist, verletze. Und das muss man zumindest wahrnehmen. Noch einmal: Es ist keine Art damit so umzugehen, dass ich in irgendeiner Form legitimiere, Gewalt anzuwenden. Und unser Recht sagt eindeutig, das ist eben klar geworden, religiöse Gefühle sind kein Gegenstand des Rechts, was sozusagen objektiv messbar wäre. Hier ist eine Verletzung geschehen und hier muss das Recht, vielleicht sogar das Strafrecht, eingreifen. Das ist hierzulande klar. Aber es muss bei dieser Debatte auch in Erwägung gezogen werden, dass das Erschrecken über das Geschehene und der Protest mehr als berechtigt sind. Aber auf der anderen Seite würde ich sagen, dass ich die Redakteure von *Charlie Hebdo* nicht zu Märtyrern der Pressefreiheit machen würde. Sie sind Opfer von Gewalt geworden, aber in meinen Augen keine Märtyrer der Meinungs- und Pressefreiheit.

Ulrike Ackermann: Herr Wolff, der Chefredakteur der *New York Times* sagte ganz klar, er möchte seine muslimischen Leser nicht reizen, nicht verletzen und deshalb will er diese Karikaturen nicht. Und der Streit ging ja dann bei uns so weit, dass man sagte, wenn man dem Druck folgt, fängt man auch an, Selbstzensur zu betreiben. Wenn man das Argument der religiösen Gefühle gelten lässt, begibt man sich sozusagen in eine Position, die fast Appeasement bedeutet. Wie haben Sie diesen Streit beobachtet, wie hat sich Ihre Zeitschrift verhalten und wie würden Sie es in ähnlichen Fällen wieder tun?

Tim Wolff: Dazu würde ich gerne hundert Sachen sagen, ich versuche mich kurz zu fassen. Diese Position der *New York Times* halte ich zuerst einmal schlichtweg für schlechten Journalismus. Etwas, worüber man spricht, nicht zu zeigen, noch nicht einmal dokumentarisch, ist einfach albern. Eine Karikatur so zu behandeln, als wäre sie ein brutales Foto eines Ermordeten, ist eine absolute Position. Deswegen haben wir unter anderem 2004 nach dem Karikaturenstreit ein paar der Karikaturen abgedruckt, was so gut wie keine deutsche Zeitung getan hat. Wir haben uns mit der für

uns interessanten Frage beschäftigt, ob diese überhaupt lustig sind. Sie waren es nicht. Ich hoffe nicht, dass *Charlie Hebdo* auch unter Charb [Abkürzung des Chefredakteurs Charbonnier] ein explizit islamkritisches Blatt war, sondern sogar dezidiert islamfreundlich in der Haltung. Er hat eher argumentiert, und das ist auch in einem Buch erschienen: „Wenn ich dem Islam oder den Muslimen nicht die gleichen Witze zutraue wie den Juden, Christen und sonstigen, dann diskriminiere ich sie. Dann sage ich, sie können keinen Witz vertragen.“ Die Erfahrung sagt, das stimmt sogar. Wir haben von Muslimen – es gab durchaus ein paar Anlässe – nie irgendwelche Beschwerden erhalten. Es gibt durchaus sehr viele Muslime, die mit Witzen umgehen können. Der nächste Punkt ist, und da kommen wir dann vielleicht doch irgendwie zusammen: zum einen die massenweise Solidarität, das Millionen Menschen auf die Straße gehen und die *Charlie Hebdo*-Redakteure zu Märtyrern machen – etwas, was den verstorbenen *Charlie Hebdo*-Leuten zutiefst zuwider gewesen wäre. Dass sich nach dem Mord an ihnen Hollande und Sarkozy die Hand geben, da müssen sie im Grab rotieren. Und für uns als *Titanic*: wir haben ja diese simple Dialektik: das klare Ja zum Nein – der herrschenden Meinung muss widersprochen werden. Da galt in diesem Fall, wenn die *Bild-Zeitung* Charlie ist, dann können wir es nicht sein. Da die Karikaturen ja eh überall abgedruckt waren, haben wir das in dem Fall jetzt nicht nachgedruckt, sondern unsere eigenen Scherze gemacht. Unter anderem hatten wir die größte Mohammed-Karikatur aller Zeiten angekündigt, die man sogar aus dem Weltall sehen kann, als Starschnitt. Man sieht natürlich nur drei schwarze Linien über einem grün weißen Rand – das dauert ja eine Weile, bis man das zusammengesetzt hat. Ungefähr 2051 können sie uns dann erschießen.

Ulrike Ackermann: Wie wurde diese ganze Geschichte in den Niederlanden angegangen?

Paul Scheffer: Ich glaube, bei uns haben alle großen Zeitungen die Karikaturen von *Charlie Hebdo* auf der Seite 1 abgedruckt. Ich denke, dass nach diesem Attentat die amerikanischen Argumente bei uns wirklich wahrgenommen werden, jetzt, nach zehn, fünfzehn Jahren Debatte. Das ist eine falsche Toleranz, die nicht auf Respekt, sondern Furcht basiert. Letztendlich druckt man es nicht ab, weil man sich tatsächlich vor den Reaktionen fürchtet. Ich war zum Beispiel eingeladen an einer Hochschule für Journalistik und die hatten dort das Coverbild von *Charlie Hebdo* mit einer Kundgebungsankündigung hängen, was nach ein, zwei Telefonanrufen sofort von den Organisatoren entfernt wurde. Argumentativ wurde es damit begründet, dass die Gefühle der muslimischen Schüler respektiert würden. Es gab insgesamt drei, die sich überhaupt nicht zu Wort gemeldet hatten. Aber letztendlich hat die Polizei davor gewarnt, dass es zu Problemen kommen könnte. Diese Art von Toleranz muss man wirklich kritisieren, weil das eine Kultur der Furcht verbreitet, und wenn man damit anfängt, dann gibt es immer weniger Leute, die sich zutrauen, diese Prozesse zu provozieren. Ich will auch sagen, dass es Menschen gab, die nach dem Mord an Theo van Gogh gesagt haben, er

war so extrem, wer hat ihn eigentlich danach gefragt. Wir reden auch zu wenig darüber, dass es diese jüdischen Ziele, in Toulouse, in Paris, in Kopenhagen und auch in Amsterdam gibt. Es gibt eine Verunsicherung in der jüdischen Gemeinschaft in Amsterdam, dass siebzig Jahre nach dem Krieg – und es ist traurig, das zu sagen – manche meinen, sie können hier nicht mehr leben, in Amsterdam, in Antwerpen. Die sind Objekt einer Aggression, nicht weil sie etwas behauptet haben oder weil sie Menschen verletzt haben, sondern allein durch ihre Herkunft. Darüber müssen wir reden. Ich habe nie verstanden, warum man über Vorurteile der Mehrheiten redet, aber nicht über Vorurteile der Minderheiten.

Ulrike Ackermann: Vielen Dank Paul Scheffer. Das war noch ein sehr wichtiger Hinweis. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und möchte jetzt das Podium für Fragen öffnen.